

---

## NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 5

Kreisausschuss

am 07.09.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

### Stimmberechtigte Mitglieder

#### Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla  
Brigitte Cziehso  
Hartmut Ganzke  
Wolfgang Kerak  
Hans-Jörg Piasecki  
Heinz Steffen  
Martin Wiggermann  
Wolfgang Barrenbrügge  
Günter Bremerich  
Jörg-Uwe Ebner  
Wilhelm Jasperneite  
Elsbeth Kiel  
Rotraud Niemann  
Herbert Goldmann  
Andrea Hosang  
Sigurd Senkel  
Claudia Isenberg  
Christa Glodny

#### Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann  
Herr Dr. Timpe, Dez. II  
Herr Sparbrod, Dez. III  
Herr Hahn, Dez. IV

#### Gäste und Zuhörer/innen

Herr Dr. Wiefelspütz, MdB  
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion  
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion  
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion

Herr Dr. Schiebold, L KfP  
Frau Waßen, Schriftführerin

Mitglieder des Interkulturellen Frauengesprächskreises  
(zu TOP 1: Frau Roth, Verbraucherberatung)  
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Er weist darauf hin, dass es eine Erweiterung der Tagesordnung um den neuen Punkt 14 „Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna. Einrichtung und Betrieb einer Beratungsstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schwerte“ gegeben habe. Weitere Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

098/09

Resolution des Kreises Unna zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2009 -

#### **Punkt 2**

083/09

Ersatzwahlen

#### **Punkt 3**

109/09

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen

#### **Punkt 4**

112/09

Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen für die Amtszeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2014

#### **Punkt 5**

084/09

Vorlage der Jahresrechnung 2008

#### **Punkt 6**

086/09

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2009

**Punkt 7**

085/09

NKF - Eröffnungsbilanz des Kreises Unna zum 01.01.2009

**Punkt 8**

107/09

Konjunkturpaket II

**Punkt 9**

114/09

Umsetzung des Konjunkturpakets II

- Infrastrukturmittel -

**Punkt 10**

111/09

Vierte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.09.2005

**Punkt 11**

079/09

Änderung der Richtlinie des Kreises Unna zur Förderung von Fahrzeugen für den ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW

- Förderung von Hybridantriebstechnologie -

**Punkt 12**

082/09

Nutzungsentgelt für die Überlassung von kreiseigenen Gebäuden und Liegenschaften

**Punkt 13**

099/09

Beschluss über die Bewerbung des Kreises Unna auf Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS)

**Punkt 14**

115/09

Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna. Einrichtung und Betrieb einer Beratungsstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schwerte

**Punkt 15**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Nicht öffentlicher Teil**

**Punkt 16**

081/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben

**Punkt 17**

087/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben, Teil 2

**Punkt 18**

108/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben, Teil 3

**Punkt 19**

088/09

Energetische Sanierung des Hellweg Berufskollegs und des Märkischen Berufskollegs des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages über Zimmererarbeiten -

**Punkt 20**

091/09

Energetische Sanierung des Hellweg Berufskollegs und des Märkischen Berufskollegs des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages über Lieferung und Einbau von Metallfenstern und -türen

**Punkt 21**

113/09

Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen am Haus Opherdicke

**Punkt 22**

104/09

Fahrbahndeckenerneuerung der K26 in Fröndenberg -Vergabe des Auftrages-

**Punkt 23**

105/09

Baumpflegearbeiten an Kreisstraßen

- Vergabe des Auftrages -

**Punkt 24**

100/09

Grundstücksübertragung in Bönen-Flierich als Ausgleichsmaßnahme

**Punkt 25**

101/09

Grundstücksübertragung in Fröndenberg-Strickherdicke als Ausgleichsmaßnahme

**Punkt 26**

102/09

Grunderwerb für Naturschutzzwecke in Lünen und Werne

**Punkt 27**

103/09

Realisierung von Landschaftsplänen:

Herbstpflanzung 2009

**Punkt 28**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

**Öffentlicher Teil**

**Punkt 1**

098/09

Resolution des Kreises Unna zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.07.2009 -

## Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Wiefelspütz, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Ausländerrechtlichen Beratungskommission des Kreises Unna, als Berichtersteller eingeladen habe. Dieser werde über den Diskussionsstand im Bundestag in dieser Frage berichten.

Herr Dr. Wiefelspütz betont, dass er an dieser Stelle gerne eine persönliche, aber möglichst neutrale Einschätzung der Situation geben wolle. Er erinnert daran, dass es aufgrund des Problemdrucks vor zweieinhalb Jahren auf Bundes- und Landesebene intensive Diskussionen gegeben habe, wie man die Situation für seit langem in Deutschland lebende Ausländer mit sog. Kettenduldungen verbessern könne. Duldungen stellten lediglich die Aussetzung der Abschiebung dar und führten auch nach langjährigem Aufenthalt nicht zu einem legales Aufenthaltsrecht. Dies bedeute für die betroffenen Menschen große Probleme in allen Lebensbereichen. Man habe lange um eine entsprechende Altfallregelung gerungen; die erreichte Regelung sei ebenfalls nicht unumstritten. Allerdings habe man eine insofern großzügige Regelung getroffen, als Menschen nach einem Aufenthalt von sechs bis acht Jahren in Deutschland nunmehr zumindest für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren eine Chance auf ein legales Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet erhalten hätten. Gleichzeitig habe sie zu einer Entlastung der Länder und damit auch der Kommunen geführt, da die Finanzierung der Personen, die öffentliche Mittel in Anspruch nahmen, durch den Bund übernommen worden sei. Erfolgt sei das Ganze über die Regelung des SGB II nach dem Motto „Fördern und fordern“. Herr Dr. Wiefelspütz stellt fest, dass man sich leider nicht zu einer Bleiberechtsregelung im klassischen Sinne habe durchringen können. Insofern handele es sich um einen Kompromiss, der der großen Koalition geschuldet gewesen sei. Trotzdem seien zwischen 60.000 und 80.000 Menschen durch die Regelung zumindest zeitweise aus dem Duldungsstatus in ein legales Aufenthaltsrecht überführt worden. Allerdings habe es sich nur um eine temporäre Regelung gehandelt; wer nach dem 31.12.2009 seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln sicherstellen könne, falle ab dem 01.01.2010 in den Duldungsstatus zurück. Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation betreffe das nach derzeitigen Schätzungen rd. 90 Prozent des Personenkreises. Aus seiner Einschätzung, so Herr Dr. Wiefelspütz weiter, gebe es in diesem Falle nur Verlierer. Dies seien einerseits die Betroffenen selbst, die sich in diesen zweieinhalb Jahren weiter in die hiesigen Lebensverhältnisse verfestigt hätten, nunmehr aber in einen ungesicherten Status zurückfallen würden. Verlieren werde andererseits aber auch die Bürokratie: Schließlich bedeute die Statusänderung eine erhebliche Mehrarbeit, ohne aber im Gegenzug Erfolge verbuchen zu können. Insofern sei aus seiner Sicht eine Anschlussregelung dringend erforderlich. Er sei allerdings mit Blick auf den Wahltermin am 27. September und das nachfolgende Konstituierungsverfahren des Bundestages sehr skeptisch, inwiefern eine dauerhafte Regelung noch in diesem Jahr erfolgen werde. Schließlich gehöre dieses Thema nicht zu den Top-Themen des Bundestages. Entsprechend sehe er wenig Hoffnung, das Problem in diesem Jahr zu lösen. Andererseits sei der Problemdruck selbst so groß, dass dringender Handlungsbedarf gegeben sei. Insofern halte er es für wichtig, überall über dieses Thema zu reden. Vor Ort, wo es die Sorgen und Nöte gebe, in den Räten und Kreistagen, aber auch in den Kirchen und Verbänden werde das Thema intensiv diskutiert. Herr Dr. Wiefelspütz bittet darum, dass jenseits von politischen Standorten in dieser Frage der Bundespolitik der Rücken gestärkt werden solle. In Berlin fehle oft der Praxisbezug, so dass den Abgeordneten durch die politisch Verantwortlichen vor Ort der Handlungsbedarf noch einmal deutlich gemacht werden müsse. Ergänzend weist Herr Dr. Wiefelspütz darauf

hin, dass er auch für ein Weiterbestehen der Ausländerrechtlichen Beratungskommission des Kreises werben wolle. Sicherlich habe diese Kommission keine Entscheidungsbefugnisse; es sei aber in vielen Fällen gelungen, das Feuer aus Konflikten zu nehmen und auf einer sachlichen, konstruktiven Ebene nach Lösungen für die Menschen zu suchen.

Herr Landrat Makiolla weist ergänzend darauf hin, dass im Bereich der Ausländerbehörde des Kreises rd. 600 Menschen und im Bereich der Ausländerbehörde Lünen etwa 200 Personen von der Altfallregelung betroffen seien.

Herr Ganzke macht deutlich, dass der Antrag der SPD-Fraktion ein Angebot und eine Einladung an alle Fraktionen und Gruppen gewesen sei, sich gemeinsam für eine vernünftige und endgültige Regelung einzusetzen. Der Resolutionstext sei von der Caritas in der Diskussion erarbeitet und von der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände auf den Weg gebracht worden.

Herr Goldmann betont, dass die von der Altfallregelung betroffenen Menschen ein elementares Interesse daran hätten, ihren Lebensunterhalt sicher zu stellen ohne jede Form von staatlicher Förderung. Dies sei in der aktuellen wirtschaftlichen Situation schon für deutsche Arbeitnehmer ausgesprochen schwierig; für den betroffenen Personenkreis seien diese Versuche trotz intensiver Bemühungen oft erfolglos. Darüber hinaus könnten ältere, kranke, behinderte und teilweise auch sehr junge Menschen diese hohen Anforderungen oft nicht erfüllen. Hier bedürfe es adäquater Regelungen, um diesen Menschen eine vernünftige Lebensperspektive zu bieten. Seine Fraktion hoffe auf eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern bis zum 1. Januar, die den Gebietskörperschaften humanitäre Regelungen ermögliche.

Herr Jasperneite erklärt für die CDU-Fraktion, dass man inhaltlich die Ausführungen von Herrn Dr. Wieferspütz voll und ganz mittrage. Allerdings werde man der Resolution auch in diesem Fall nicht zustimmen, sondern sich enthalten. Ergänzend weist er darauf hin, dass man sich bereits an den Bundestagesabgeordneten Herrn Hüppe gewandt habe, damit dieser im Bundestag für eine entsprechende Folgeregelung werben solle.

Herr Senkel zeigt sich ebenfalls skeptisch, was eine dauerhafte Nachfolgeregelung noch in diesem Jahr angehe. Um so mehr müsse aus seiner Sicht von allen Seiten Druck gemacht werden, damit etwas passiert. Schließlich gehe es hier um das Schicksal vieler Menschen. Insofern werde die FDP-Fraktion die Resolution mittragen.

Herr Dr. Wieferspütz weist abschließend darauf hin, dass es schwierig sei, in der kurzen Zeit etwas konzeptionell Vernünftiges zu erarbeiten. Es sei aber nicht ausgeschlossen, dass es ggfls. eine Verlängerung der aktuellen Regelung geben könne, um den Problemdruck zumindest etwas zu mindern. Gleichzeitig gewinne man Zeit, sich wirklich intensiv des Themas anzunehmen und eine vernünftige Lösung zu erarbeiten.

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag des Kreises Unna bringt seine Sorge über die anhaltend unsichere Lebenssituation der langjährig geduldeten Flüchtlinge zum Ausdruck.

Der Kreistag des Kreises Unna spricht sich gemeinsam mit den beiden großen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden, dem Diakonischen Werk und dem Caritasverband sowie gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten für die Aufhebung der Befristung in der gesetzlichen Altfallregelung nach § 104a und 104b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) auf den 31.12.2009 und gleichzeitig für eine effektive und nachhaltige Gewährleistung eines humanitären Bleiberechts aus.

Der Kreistag des Kreises Unna erinnert an die Intention des Gesetzgebers aus dem Jahre 2007, ein Bleiberecht für langjährig in Deutschland lebende, geduldete Flüchtlinge zu gewähren und stellt mit Bedauern fest, dass das gesetzlich angestrebte Ziel nur für eine Minderheit der Flüchtlinge erreicht werden konnte.

Der Kreistag des Kreises Unna appelliert an Bundesregierung und Bundestag, eine gesetzliche Neuregelung mit dem Ziel eines effektiven humanitären Bleiberechts rechtzeitig zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt (7 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

### **Punkt 2**

083/09

Ersatzwahlen

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden von Herrn Kreisdirektor Stratmann und dem Kreistagsmitglied Herrn Ganzke gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW im Wege äußerster Dringlichkeit gefassten Beschluss zu genehmigen:

In den Wahlausschuss werden

- als ordentliches Mitglied Herr Günter Bremerich sowie
- als stellvertretende Mitglieder Herr Wolfgang Barrenbrügge und Herr Adrian Mork gewählt.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 3**

109/09

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es noch Änderungen in der Vorschlagsliste gebe. Bis zur Sitzung des Kreistages werde eine aktualisierte Vorschlagsliste vorliegen.

Auf eine Abstimmung in dieser Sitzung werde deshalb verzichtet.

### **Punkt 4**

112/09

Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen für die Amtszeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2014

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter beim Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen für die Amtszeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2014 werden vorgeschlagen:

1. Hans-Georg Winkler, Baaken 28, 59368 Werne und
2. Karin Goddinger, Steinstraße 26, 59379 Selm

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 5**

084/09

Vorlage der Jahresrechnung 2008

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Die am 10.07.2009 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat festgestellte Jahresrechnung 2008 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 6**

086/09

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2009

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2009 wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 7**

085/09

NKF - Eröffnungsbilanz des Kreises Unna zum 01.01.2009

#### **Erörterung**

Herr Barrenbrügge berichtet, dass laut eines Artikels in einer Fachzeitschrift Rückstellungen künftig mit dem Erfüllungsbetrag zu bewerten seien. Erfüllungsbetrag bedeute, dass künftige Preis-, Lohn- und Kostensteigerungen zu berücksichtigen seien. Durch diese Neuregelungen würden insbesondere Pensionsrückstellungen deutlich steigen. Er fragt an, ob diese Regelung in der Eröffnungsbilanz bereits enthalten sei.

Herr Kreisdirektor Stratmann erklärt, dass man zunächst klären müsse, ob die angesprochene Regelung auf die Kreisverwaltung überhaupt Anwendung finde. Es wird vereinbart, die Frage möglichst bis zur Kreistagssitzung zu klären.

#### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Eröffnungsbilanz des Kreises Unna zum Stichtag 01.01.2009 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 8**

107/09

Konjunkturpaket II

#### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreis Unna gewährt dem Lebenszentrum Königsborn aus den im Rahmen des Konjunkturpakets II zur Verfügung stehenden Mittel 100.000,00 € als Zuschuss zur energetischen Sanierung der Krankenhausschule.

#### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 9**

114/09

Umsetzung des Konjunkturpakets II

- Infrastrukturmittel -

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Anfrage der FDP-Fraktion gegeben habe. Diese werde nun von Herrn Kreisdirektor Stratmann beantwortet.

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass es sich bei der Maßnahme nicht um eine reine Renovierungsmaßnahme handele. Es werde neben den Anschaffungs- und Herstellungskosten auch eine Wertsteigerung geben. Gleichzeitig bedeute sie einen erhöhten Abschreibungsbedarf, der allerdings auf der anderen Seite auch als Sonderposten zu berücksichtigen sei. Insofern spiele es keine Rolle für den Ergebnisplan.

Frau Cziehso erklärt für die SPD-Fraktion, dass man es bedauere, das Projekt für die Öko-Station nicht sofort starten zu können. Allerdings sei sie zuversichtlich, dass das Gästehaus bis Ende 2010 realisiert werden und damit entsprechend der Anforderungen des Konjunkturpaketes abgearbeitet werden könne.

Herr Senkel macht deutlich, dass die FDP-Fraktion erfreut sei, wie das Gesamtkonzept für das kreiseigene Haus Opherdicke angegangen worden sei.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass im Falle einer nicht zustande kommenden Projektrealisierung auf der Öko-Station diese Mittel im Laufe des nächsten Jahres für andere Maßnahmen verausgabt werden könnten. Die Verwaltung solle dafür Sorge tragen, dass in diesem Fall frühzeitig gehandelt werde. Es sei nicht einzusehen, dass entsprechend zur Verfügung gestellte Gelder nicht abgerufen würden.

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Mit Mitteln des Konjunkturpaketes II – Förderbereich Infrastruktur – werden auf Haus Opherdicke bauliche und funktionale Sanierungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen durchgeführt. Schwerpunkte sind die behindertengerechte Herrichtung und die brandschutztechnische Verbesserung des Haupthauses. Zugleich wird das Gebäude für Ausstellungsbetrieb und sonstige öffentlichkeitsbezogene Nutzungen aufgewertet. Die Baumaßnahmen werden im Zeitraum Januar – August 2010 ausgeführt und sind auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfes und eines kurzfristig durchzuführenden Workshops vorzubereiten. Der Kostenrahmen wird mit insgesamt bis zu 1,35 Mio € festgesetzt. Der Baukommission ist fortlaufend weiter zum Sachstand zu berichten.
2. Mit Mitteln des Konjunkturpaketes II – Förderbereich Infrastruktur – unterstützt der Kreis Unna investiv den Neubau eines Gästehauses auf der Ökologiestation im Rahmen des Aufbaus eines Integrations-

betriebes. Hierfür werden insgesamt bis zu 1,35 Mio € bereitgestellt. Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Absichtserklärungen gegenüber Dritten, insbesondere möglichen Projektpartnern, Förderinstitutionen und Betreibern abzugeben und das Zustandekommen des Vorhabens aktiv zu begleiten.

Sollte bis April 2010 die Realisierung des Vorhabens nicht sicher sein und ein programmkonformer Mittelabfluss der dem Kreis zur Verfügung stehenden KP-II-Mittel nicht gewährleistet werden können, ist eine Revision dieses Grundsatzbeschlusses zur Mittelverwendung erforderlich. Insbesondere wäre dann zu entscheiden, welche weiteren Maßnahmen auf Haus Opherdicke durchgeführt werden sollen.

Die Baukommission und die zuständigen Fachausschüsse sind fortlaufend zu unterrichten.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 10**

111/09

Vierte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.09.2005

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschliesst die als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Kreisleitstelle im Rettungsdienst vom 06.06.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.09.2005.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 11**

079/09

Änderung der Richtlinie des Kreises Unna zur Förderung von Fahrzeugen für den ÖPNV nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW

- Förderung von Hybridantriebstechnologie -

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass das Thema „Alternative Antriebstechnologien“ gerade mit Blick auf das Klimaschutzprogramm sehr wichtig sei, so dass man die Vorlage dem Kreisausschuss und auch dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt habe.

## **Punkt 12**

082/09

Nutzungsentgelt für die Überlassung von kreiseigenen Gebäuden und Liegenschaften

### **Beschluss**

Auf Empfehlung der Finanzstrukturkommission und des Kreisausschusses berät der Kreistag die Angelegenheit erneut und beschließt:

„Der Kreistagsbeschluss vom 11.03.2008, für den Haushalt 2008 und die weitere Zukunft sämtliche Überlassungen von kreiseigenen Gebäuden und Liegenschaften an Dritte gegen Berechnung der entstehenden Kosten zu überlassen, wird aufgehoben.“

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 13**

099/09

Beschluss über die Bewerbung des Kreises Unna auf Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS)

### **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die Bewerbung des Kreises Unna auf Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW (AGFS) und gibt somit seine Willenserklärung ab, diese Mitgliedschaft mit dem möglichen und nötigen Engagement sowohl anzustreben als auch nach der Aufnahme wahrzunehmen, um den Kreis Unna zu einer fahrradfreundlichen Region zu entwickeln.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 14**

115/09

Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna. Einrichtung und Betrieb einer Beratungsstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schwerte

### **Erörterung**

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die finanziellen Auswirkungen 68.471 Euro und nicht – wie in der Vorlage genannt – 91.000 Euro betragen würden. Bei dem Differenzbetrag handele es sich um den Anteil der Stadt Schwerte.

## **Beschluss**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag stimmt dem Vertragsentwurf mit der Stadt Schwerte und der Verbraucherzentrale NRW hinsichtlich der Sicherstellung und Finanzierung der allgemeinen Verbraucherberatung im Kreis Unna zu und beauftragt den Landrat, den Vertrag entsprechend abzuschließen.

## **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

## **Punkt 15**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### **1. Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009**

Herr Dr. Timpe erinnert an die in der Kreistagssitzung im Mai 2009 getroffene Grundsatzentscheidung zum GRW-Förderprogramm 2009 (Vorlage 035/09). Er dankt der Politik für das Verständnis, dass es sich bei den im nichtöffentlichen Teil zu entscheidenden Vorlagen um sehr kurzfristige Auftragsvergaben handele. Gleichzeitig kündigt er weitere Dringlichkeitsentscheidungen in diesem Bereich für den September an. Er sei allerdings zuversichtlich, bis 30. November sämtliche Maßnahmen abgearbeitet zu haben. Das Programmvolumen selbst betrage ein Mehrfaches des normalen Haushaltsansatzes für die technische Verbesserung der Schulausstattung. Die damit verbundene Entlastung des Kreishaushaltes werde man im kommenden Haushaltsjahr erkennen können.

### **2. Solidaritätsbeitrag**

Auf entsprechende Anfrage von Frau Hosang erklärt Herr Kreisdirektor Stratmann, dass das Verfassungsgerichtshof Münster im Jahr 2006 festgestellt habe, die Kommunen und Kreise hätten einen zu hohen Solidaritätsbeitrag gezahlt. Entsprechend habe das Land die Mittel für das laufende Haushaltsjahr 2006 zurück erstattet. Danach habe das Land allerdings ein Gutachten in Auftrag gegeben, das zu dem Ergebnis gekommen sei, die Kommunen hätten im Gegenteil zu wenig Solidaritätsbeitrag gezahlt. Dies habe natürlich zu einiger Verwirrung geführt, so dass sich das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände darauf geeinigt hätten, zwei weitere Gutachten in Auftrag zu geben. Im Ergebnis sei festzustellen, dass der Verfassungsgerichtshof seinerzeit Recht gehabt habe und das Land diese Entscheidung entsprechend berücksichtigen müsse. Nach diesem Ergebnis der Gutachten stelle sich nunmehr die Frage, ob und wie das Land dieser Verpflichtung nachkomme. Dabei gehe es um riesige Summen, die dann an die Kommunen zurück zu zahlen seien. Entsprechend sei nicht zu erwarten, dass hier kurzfristig eine Entscheidung vorliegen werde und entsprechende Summen unter anderem dem Kreis zur Verfügung gestellt werden würden.

Herr Landrat Makiolla weist ergänzend darauf hin, dass mit diesen Gutachten zumindest die Rechtsposition der Kommunen deutlich gestärkt worden sei.

## Nicht öffentlicher Teil

### **Punkt 16**

081/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben

### **Punkt 17**

087/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben, Teil 2

### **Punkt 18**

108/09

Beschaffung von Schulinventar im Rahmen des GRW-Förderprogramms 2009;  
Auftragsvergaben, Teil 3

### **Punkt 19**

088/09

Energetische Sanierung des Hellweg Berufskollegs und des Märkischen Berufskollegs des  
Kreises Unna in Unna  
- Vergabe des Auftrages über Zimmererarbeiten -

### **Punkt 20**

091/09

Energetische Sanierung des Hellweg Berufskollegs und des Märkischen Berufskollegs des  
Kreises Unna in Unna  
- Vergabe des Auftrages über Lieferung und Einbau von Metallfenstern und -türen

### **Punkt 21**

113/09

Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen am Haus Opherdicke

**Punkt 22**

104/09

Fahrbahndeckenerneuerung der K26 in Fröndenberg -Vergabe des Auftrages-

**Punkt 23**

105/09

Baumpflegearbeiten an Kreisstraßen

- Vergabe des Auftrages -

**Punkt 24**

100/09

Grundstücksübertragung in Bönen-Flierich als Ausgleichsmaßnahme

**Punkt 25**

101/09

Grundstücksübertragung in Fröndenberg-Strickherdicke als Ausgleichsmaßnahme

**Punkt 26**

102/09

Grunderwerb für Naturschutzzwecke in Lünen und Werne

**Punkt 27**

103/09

Realisierung von Landschaftsplänen:

Herbstpflanzung 2009

**Punkt 28**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.05 Uhr

Makiolla

Landrat

Waßen

Schriftführerin

